

A5 K-5: Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Text

5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass Strukturen der Diskriminierung und Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Uns ist bewusst: Menschen, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus verlernen. Menschen, die in unserer Gesellschaft von Rassismus betroffenen sind, müssen sichtbar werden und zu Wort kommen können – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das wäre ein wichtiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker an politischen Entscheidungen beteiligen und dazu in allen Bezirken und auf Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die sich temporär zu bestimmten Themen bilden und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen

Politik für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA – und wir sind erfolgreich. In der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich. Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Wir prüfen einen verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz, damit sich alle Parteien verpflichten, deutlich mehr Frauen in die Parlamente zu schicken, mit dem Ziel einer Ergebnisparität im Abgeordnetenhaus.

43 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum
44 haben wir in den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft
45 und das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein
46 achtes Frauenhaus, denn die Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht
47 aus. Wir haben Unterstützung für Frauen und die Anti-Stalking-Beratungsstelle
48 finanziell besser ausgestattet, in den Landesunternehmen Leitlinien gegen
49 Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet.

50 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für
51 viele Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter
52 für ein echtes Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings
53 ein.

54 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

55 Für uns ist klar, Feminismus geht nicht ohne Queer und Queer-Feminismus nicht
56 ohne Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung. Wir denken und handeln
57 deshalb „intersektional“, indem wir die Verschränkungen verschiedener
58 Diskriminierungsformen in den Blick nehmen. Und so verstehen wir auch unsere
59 Queerpolitik. Wir unterstützen queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und
60 das in der ganzen Stadt. Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den
61 der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und inter*-
62 Communities erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit
63 für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und
64 Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen.

65 Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat

66 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen
67 können, Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir
68 das größte innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert.
69 Mit der Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir
70 Befugnisse zur Abwehr terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer
71 Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen und gleichzeitig für mehr
72 Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei gesorgt. Wir
73 haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines
74 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten
75 geschaffen. Wir sind der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf
76 Prävention – indem wir Menschen Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort
77 stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den Kiezen verwurzelt ist, die offen
78 mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen Reihen schonungslos
79 aufdeckt und so vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so entsteht
80 Vertrauen. Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der
81 offenen Gesellschaft. Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder
82 linksradikale Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine
83 klare gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich
84 auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.

85 Wir errichten ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und
86 rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete
87 Schießstände haben wir erkrankte Polizist*innen entschädigt und neue
88 Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet
89 werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr und Polizei wurden
90 deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr ist in

91 der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung
92 und Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir
93 weitergehen.

94 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine
95 unabhängige, starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die
96 Berliner Justiz in riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen
97 Jahren die Soll-Personalstärke im Allgemeinen Vollzugsdienst wieder erreicht,
98 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen
99 Stellen in der Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der
100 organisierten Kriminalität den Geldhahn abzdrehen und Vermögen einzuziehen,
101 haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet.
102 Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass Lebensmittel nicht
103 verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes erfüllen. Um
104 die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir
105 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht
106 kommen. Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn
107 weiter stärken.

108 Kulturhauptstadt Berlin

109 Die Welt beneidet Berlin um seine Kunst- und Kulturszene – die freie Szene, die
110 Clubkultur, die vielen Museen, Kinos und Theater. Kunst und Kultur brauchen
111 Freiheit, aber auch eine auskömmliche öffentliche Förderung und hinreichend
112 Räume. Infolge der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die
113 Situation vieler Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute
114 prekärer denn je. Umso mehr kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von
115 Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso
116 wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen.
117 Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln:
118 durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride
119 Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und kulturellen
120 Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentanz der gesellschaftlichen Vielfalt –
121 gerade auch in Juries, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die
122 freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

123 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur
124 zusammengehalten: Wir halten das Gedenken an die Verbrechen des
125 Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe und die Orte der friedlichen
126 Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die überfällige
127 Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
128 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der
129 Kultureinrichtungen und -förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum
130 weiter vorantreiben.

131 Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer
132 Hafen

133 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen
134 Einigung. Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer
135 Sorge. Das Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in
136 Polen, Ungarn und anderen Ländern droht die Europäische Union insgesamt zu
137 zerstören. Die LSBTIQ*-freien Zonen, die die rechte Regierung Polens
138 vorantreibt, sind ein dramatisches Beispiel dieser Entwicklung. Wir arbeiten

über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufbauen zu können. Wir machen Berlin im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten zu einer guten Heimat für all diejenigen, die in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen.

5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen Diskriminierung

Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen. Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen. Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft und gegen Stigmatisierung. Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten Diversity-Landesprogramm wird die Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann. Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter, Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und Romnja* ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe, gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und staatlichen Institutionen.

Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen

Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen identifiziert und abgebaut werden. Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity Landesprogramm stetig fortentwickeln. Wir wollen in den Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.

In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von strukturell benachteiligten, insbesondere von

187 rassistischen und antisemitischen Zuschreibungen betroffenen Gruppen in der
188 Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentanz von Schwarzen Menschen und
189 People of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen im
190 öffentlichen Dienst fördern. Dabei streben wir eine Repräsentanz entsprechend
191 der Bevölkerung an und gehen aktiv auf die Stadtgesellschaft zu, um die Berliner
192 Verwaltung als Arbeitgeberin zu bewerben. Dabei machen wir uns eine
193 intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung
194 von Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden –
195 beispielsweise durch Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-
196 Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-Staatsbürger*innenschaft darf nur in
197 Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen dies absolut notwendig ist.

198 Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen

199 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
200 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für
201 Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem
202 Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile
203 Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen.

204 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir
205 erleben aber, dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen
206 entspricht. Deshalb wollen wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die
207 Dauer der nächsten Legislaturperiode einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen
208 mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um systematisch Informationen
209 aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte politische Entscheidung
210 getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die von der
211 Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu
212 erfassen, Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den
213 Maßnahmen im Diversity-Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und
214 diskriminierende Strukturen in Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden
215 identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus, Antisemitismus,
216 Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
217 befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht bleiben: Die Kommission soll
218 institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten, um
219 diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung, interne und externe Regeln
220 und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den Sicherheitsbehörden und
221 der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse weiterentwickeln, das gilt
222 besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und Jurist*innen. Uns ist
223 es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von
224 Racial Profiling betroffen sind – u. a. Schwarze Menschen, als türkei- und
225 arabischstämmig wahrgenommene Menschen, Sintize* und Romnja* –, bei der
226 Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

227 Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen

228 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf
229 Augenhöhe und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies
230 wollen wir ermöglichen und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken.
231 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der
232 Einbürgerung gestalten; für Menschen, die seit Jahren hier leben, dürfen weder
233 Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein Ausschlusskriterium sein. Wer in
234 Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf

235 der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das
236 Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin
237 haben. Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere
238 Migrationsgesellschaft.

239 Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

240 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
241 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen
242 für Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung
243 für Engagierte, Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen
244 Mieten sind allerdings gerade viele Moscheegemeinden und kleinere
245 Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer profitieren, zum Umzug
246 gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass dieser
247 Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die
248 Entstehung von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und
249 zu gleichen Bedingungen genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als
250 soziokulturelle Orte im Kiez stärken und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir
251 Gewerbemieten deckeln und bezirkliche Vorkaufsrechte wo möglich auch für
252 religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben. Beispielsweise sollen
253 Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Moscheegemeinden, Cem-Häuser, Synagogen und
254 Kirchengemeinden, die ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für
255 den Kiez öffnen, gefördert werden.

256 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige
257 Sonderrechte für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir
258 dringenden Reformbedarf sehen. So wollen wir mit den christlichen Kirchen auf
259 der Grundlage der bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in
260 konkrete Verhandlungen über die Ablösung der historischen Staatsleistungen
261 treten.

262 5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den
263 Frauen

264 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und
265 unser Engagement trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über
266 die Hälfte der Aufsichtsrats- und Vorstandspositionen mittlerweile in
267 Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten Vergleich. Im Berliner
268 Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160 Abgeordneten
269 Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
270 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir
271 einen verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz. Nur so erreichen wir
272 langfristig eine faire, geschlechtergerechte Politik.

273 Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen

274 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben
275 eine Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von
276 Frauen in den Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30
277 Prozent anstieg, während Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während
278 Care- und Bildungsarbeit in weiten Teilen privatisiert wurden und
279 stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten. Uns hat das darin
280 bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
281 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

282 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

283 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in
284 Senats- und Bezirksverwaltungen begonnen hat. Wir haben dem trügen Gender-
285 Budgeting-Prozess in Senats- und Bezirksverwaltungen durch einen
286 Haushaltsbeschluss einen neuen Impuls gegeben und konnten erste Fortschritte
287 erzielen. Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns für ein Gender-
288 Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Auch mit der Gründung der
289 Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir
290 wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen
291 Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun mit allen
292 Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
293 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll
294 intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa
295 durch Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir
296 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen
297 sicherstellt. Unser Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu
298 erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

299 Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben

300 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer
301 Gewalt. Besonders lesbische Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit
302 Behinderung, Trans*, Inter*, Schwarze Frauen und Women of Color sind Gewalt
303 ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige Folgen für deren
304 Gesundheit hat.

305 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und
306 sind stolz, dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die
307 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein
308 achtes Frauenhaus. Auch die Beratung von Betroffenen haben wir ausgebaut, um
309 Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-Beratungsstellen finanziell
310 besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vulnerable Gruppen,
311 wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere (mehrfach)
312 marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
313 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

314 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben
315 Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
316 verabschiedet. Wir haben dafür gesorgt, dass sexistische und diskriminierende
317 Werbung auf landeseigenen Werbeflächen ausgeschlossen wird. Um sie auch auf
318 privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein Expert*innengremium eingesetzt, das
319 bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das Thema
320 sensibilisiert.

321 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen
322 oder bedroht sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot weiter
323 ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention stärken.

324 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen und nichtbinäre Personen nicht
325 mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Der erste
326 Schritt ist, Gewalt gegen Frauen als solche zu kennzeichnen. Um das Ausmaß des
327 Problems zu verdeutlichen, wollen wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“
328 in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer umfassenden Studie wollen

329 wir Frauenfeindlichkeit in Berlin untersuchen, um mit den Ergebnissen
330 langfristige Maßnahmen gegen misogyne Gewalt zu entwickeln. Gleichzeitig
331 arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen mehrsprachigen
332 Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten und
333 die Vorgaben der Istanbul-Konvention konsequent umzusetzen. Polizist*innen,
334 Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen wir gezielt für das Thema
335 sensibilisieren und dafür weiterbilden.

336 Selbstbestimmte Sexarbeit ermöglichen. Zwangsprostitution bekämpfen.

337 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher
338 selbstbestimmt, sicher und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann.
339 Hierfür wollen wir die Einstiegs- und Umstiegsberatung und mehrsprachige
340 Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung und -versorgung
341 nachbessern. Essentiell ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von
342 Sexarbeiter*innen einbezogen werden. Mit Blick auf bekannte Straßenstriche ist
343 es unerlässlich, auch die Perspektiven von Anwohner*innen zu berücksichtigen.
344 Der von uns unter rot-rot-grün einberufene Runde Tisch Sexarbeit hat ein
345 Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben, evaluieren
346 und nach Bedarf anpassen wollen.

347 Es gibt Überschneidungen zwischen Sexarbeit als selbstbestimmter Tätigkeit und
348 sexueller Ausbeutung als Teil der organisierten Kriminalität. In den letzten
349 Jahren haben wir die Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität im
350 Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und
351 werden dies fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht
352 aussagen, wollen wir weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für
353 alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

354 Gesundheit – endlich geschlechtergerecht

355 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und nicht-binären Personen werden wir
356 verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Frauenärzt*innen in allen Bezirken zu
357 sichern und den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen,
358 gerade in Krisenzeiten. Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und
359 gute Geburten verbessert, indem wir in Kreißsäle investiert haben, indem wir die
360 Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht haben und mit einer digitalen
361 Plattform die Hebammensuche erleichtern.

362 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge
363 und werden den Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere
364 für gleichgeschlechtliche Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir
365 genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und gezielt sowohl cis- als auch
366 trans*-Frauen, nicht-binäre Personen und queere Personen in der medizinischen
367 Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe wollen
368 wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von
369 cis- wie von trans*-Frauen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen
370 Gesundheit zu sensibilisieren.

371 Auftrag an die Bundesregierung

372 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle
373 Geschlechter bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von
374 Frauen – mit dem ungerechten Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit
375 zwischen Männern und Frauen. Gegen den Gender Care Gap und den Gender Pay Gap,

376 für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende des Ehegattensplittings
377 kämpfen wir auf Bundesebene.

378 5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

379 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
380 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen
381 Orientierung, der sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des
382 Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder
383 diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso wenig wie Diskriminierung
384 aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der Herkunft.
385 Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden, zum
386 Beispiel Schwarze oder muslimische queere Menschen. Für uns ist klar, queer geht
387 nicht ohne Feminismus und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf gegen Rassismus und
388 soziale Ausgrenzung – unsere Queerpolitik ist „intersektional“.

389 Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern

390 Wir haben die ganze Stadt im Blick und wollen, dass es in allen Bezirken queere
391 Infrastruktur gibt. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Angebote
392 dazugekommen sind, sei es das erste queere Jugendzentrum,
393 generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle queere
394 Bildung oder seit 2018 der Preis für lesbische* Sichtbarkeit zur Würdigung des
395 Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen.
396 Wir brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere
397 Menschen, insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen
398 wie Geflüchtete. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ* in allen
399 Einrichtungen mitgedacht werden. Egal ob Familienzentrum, Senior*innenheim oder
400 Jugendclub – wir wollen, dass es Angebote für LSBTIQ* gibt. Einrichtungen vor
401 Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe.

402 Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

403 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden
404 Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität
405 ausgegrenzt, diskriminiert und tätlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung
406 und Gewalt den Kampf an. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung
407 eingerichtet, in der LSBTIQ* in akuten Bedrohungssituationen eine anonyme,
408 temporäre Unterbringung finden können. Der bisherigen Initiative Sexuelle
409 Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur „Initiative
410 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

411 Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den
412 lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht
413 nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies
414 nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen.
415 Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine
416 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn
417 Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort
418 abhängen. Wir haben verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für
419 LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die als Schnittstelle zwischen
420 Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas und Schulen
421 muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt stärker gelebt werden können. Hierbei
422 brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die „Fachstelle queere Bildung“,

423 die Initiative „Schule in Vielfalt“ und die Vielfaltsbroschüre für Kita-
424 Fachkräfte der zuständigen Senatsverwaltung.

425 Lesbische Sichtbarkeit stärken

426 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit
427 für Lesben, lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Zudem
428 werden wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin
429 in Auftrag geben. Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre
430 Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses
431 Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses dunkle Kapitel der jüngeren
432 Geschichte aufarbeiten.

433 Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin

434 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden.
435 Darum haben wir eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz
436 um das Merkmal der sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans*,
437 inter* und nicht-binäre Menschen ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag
438 möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan gibt es hohe
439 bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

440 Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen
441 vorangeht, in denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und
442 staatlichen Hochschulen wollen wir die selbstbestimmte Namensänderung und die
443 Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass
444 der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in allen öffentlichen
445 Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive der
446 Anpassung aller Formulare.

447 Queere Rechte in Europa und weltweit

448 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-
449 Feindlichkeit verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben
450 ein breites Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin
451 die Verantwortung, auch gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und
452 Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ*-freien Zonen in Polen und anderen
453 Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen aufgelöst werden. Über das
454 „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30 Städten auch auf
455 lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

456 5.4 Freiheit schützen und bewahren

457 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den
458 unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen
459 Berliner*innen ist gemeinsam, dass sie selbstbestimmt ihre Freiheit genießen
460 wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein können, dass ihre Rechte und
461 ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von staatlichen
462 Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
463 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne
464 Freiheit zu beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit
465 nur durch Maßnahmen erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das
466 Ziel der offenen Gesellschaft und des Rechtsstaates aufgegeben.

467 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte
468 innenpolitische Reform in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n
469 unabhängige*n Polizei- und Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein
470 großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran andere Bundesländer gescheitert sind.
471 Häufig waren dortige Änderungen an den Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet
472 von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der Novelle des Allgemeinen
473 Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
474 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz
475 aufgenommen. Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne
476 Verdacht kontrolliert werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die
477 individuelle Kennzeichnung von Beam*t*innen. So ist auch Fehlverhalten von
478 Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz von Vertrauenspersonen und
479 verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein Gericht angeordnet
480 werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem Bedürfnis
481 der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
482 weiter.

483 Prävention ist der beste Weg

484 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen
485 wird. Wir wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Aufklärungs-
486 und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und klar
487 strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern
488 oder Sozialämtern. Prävention bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle,
489 um zu verhindern, dass Delikte begangen werden. Uns geht es darum,
490 gesellschaftliche Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen, möglichen
491 Täter*innen Alternativen zu bieten und frühzeitig Grenzen aufzuzeigen, um sie
492 von einer kriminellen Karriere abzubringen.

493 Polizei vor Ort stärken

494 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und
495 Nähe schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und
496 Brennpunktstreifen weiter ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und
497 Kriminalität verhindern zu können. In enger Kooperation mit sozialer Arbeit,
498 Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert werden, dass Orte zu
499 Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die Fahrradstaffel
500 mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
501 wollen noch mehr Polizist*innen auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
502 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu
503 sorgen.

504 Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt

505 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur
506 auf Berlin zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um
507 das zu erreichen, werden wir die Polizei jünger, weiblicher und diverser machen.
508 Wir werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine
509 Berufsperspektive für sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in
510 diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der Aus- und Fortbildung ebenso
511 wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung und rassistische
512 Tendenzen in der Polizei werden wir untersuchen und mit allen Mitteln bekämpfen
513 – sie haben in Berlin keinen Platz.

514 Handeln zählt

515 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein.
516 Wenn Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am
517 Glauben oder an sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch:
518 Grundrechte werden missachtet und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird
519 verhindert – denn keine dieser Kategorien hat etwas mit Kriminalität zu tun.
520 Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der Verdächtigen richten,
521 deswegen lehnen wir verdachtsunabhängige Kontrollen ebenso ab wie
522 Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder persönlicher Eigenschaften.

523 Wer Ziel einer polizeilichen Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt
524 sich oft bedrängt und unter unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische
525 Nachweispflichten einführen, so dass jede*r weiß, warum er*sie beispielsweise
526 kontrolliert wurde und welche Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Die kritische
527 Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und
528 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei.

529 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir
530 genau untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode
531 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

532 Sicherheitsbehörden stärken

533 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen
534 aber auch die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen
535 bereits durch Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer
536 Bezahlung. Die Arbeitszeiten werden wir familienfreundlicher machen, die
537 Gesundheit der Beamt*innen besser schützen, Millionen von Überstunden abbauen
538 und die Ausstattung verbessern. Und natürlich werden wir Polizist*innen und
539 Feuerwehrleuten, die im Dienst angegriffen werden, unsere Unterstützung geben.

540 Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat

541 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten
542 Bundesländern, immer weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer
543 schwammigerer rechtlicher Grundlage zu schaffen, erteilen wir eine klare Absage.
544 Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf
545 Kosten der Freiheit und Privatsphäre aller. Die Sicherheitsbehörden brauchen
546 effektive und wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber
547 diese müssen klar definiert und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden sein.
548 Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit,
549 sondern zerstören das lebenswichtige Vertrauen in staatliche Institutionen.

550 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
551 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen und
552 Strukturen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und
553 parlamentarische Kontrolle. Der Berliner Verfassungsschutz musste sich in den
554 letzten Jahren zwar wichtigen zusätzlichen Herausforderungen stellen, konnte
555 beim islamistischen Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz und in der
556 rechtsextremen Neuköllner Anschlagsserie aber nicht überzeugen und hat so weiter
557 an Vertrauen verloren. Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu
558 schaffen, setzen wir auf eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten
559 Sicherheitsarchitektur. So lange lehnen wir zusätzliche Befugnisse oder Mittel
560 für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ab.

561 5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat

562 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer
563 Freiheit. Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür
564 und Diskriminierung behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
565 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner
566 Justiz in großen Schritten besser aufgestellt. Erstmals seit vielen Jahren ist
567 im Allgemeinen Vollzugsdienst die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach
568 jahrzehntelangem Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen
569 Umsetzung begonnen: Mit dem Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner
570 Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten,
571 in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit einem umfassenden
572 Sanierungsprogramm haben wir insbesondere die Justizvollzugsanstalten in Tegel
573 und Moabit grundsaniert. Wir sind dabei, Richter*innen mit mobilen
574 Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche
575 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel
576 geschafft, um die Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir
577 vor.

578 Organisierte Kriminalität bekämpfen

579 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft
580 und schadet der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der
581 Berliner Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den
582 Geldhahn zudreht, indem die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von
583 Vermögen voll ausgeschöpft werden. Mithilfe einer besseren Schulung und
584 Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit anderen Bundesländern und
585 europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen organisierte
586 Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
587 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Den
588 eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität
589 einzuziehen, wollen wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu
590 unterstützen. Diese Arbeit wollen wir weiter stärken.

591 Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen

592 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre
593 Bekämpfung wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität
594 fälschlicherweise nicht als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber
595 Gewinne für die Täter*innen zum immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen
596 den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die Erfahrung zeigt, dass hier mit
597 relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können. Deswegen wollen wir
598 die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen Ausbau der
599 Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
600 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von
601 vermeintlich hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an
602 die Spitze der Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der
603 beteiligten Behörden eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll.
604 Dies wollen wir weiter vorantreiben.

605 Opfer stärken

606 Rechts- und Sicherheitspolitik orientiert sich zu oft an Täter*innen. Wir wollen
607 die Opfer stärker in den Blick nehmen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem

608 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von
609 Terroranschlägen und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs-
610 und Betreuungsangebote ausbauen und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen,
611 statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die psychosoziale Betreuung von Opfern
612 muss weiter deutlich verbessert werden, damit traumatische Folgen möglichst
613 verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft eine wichtigere
614 Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet
615 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle
616 Hasskriminalität gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale
617 Gewaltschutzambulanz einrichten. Sie soll psychologische Unterstützung,
618 technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer Anzeige bieten.

619 Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen

620 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke
621 und bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz
622 besonders liegt uns am Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und
623 familienfreundlicher zu machen, Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So
624 wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit spezifischer Fach Erfahrung bei
625 einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie eingesetzt werden können.
626 Vorerfahrenszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im Justizvollzug werden wir
627 den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen Folgen der
628 Schichtarbeit abzumildern. Um für genug Nachwuchs zu sorgen, wollen wir die
629 Jurist*innenausbildung reformieren. Auch die Förderung von Frauen werden wir
630 weiter stärken: mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen,
631 paritätisch besetzten Gremien und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

632 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den
633 Richter*innen und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns,
634 bis die Richterbank so divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies
635 langfristig bei Einstellungen und Beförderungen ändern.

636 Rechtsstaat braucht Infrastruktur

637 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus
638 in Moabit wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-
639 Hellersdorf einsetzen, damit die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen
640 ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden wir energetisch sanieren und den
641 bereits begonnen Bau von Solaranlagen und Blockheizkraftwerk forcieren.

642 Digitalisierung voranbringen

643 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
644 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der
645 Berliner Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet,
646 wir wollen, dass das künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten.
647 Dabei gilt: Sicherheit und Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein
648 Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung der Prozessgrundsätze.

649 Rechtsstaat für alle

650 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf
651 nicht sein, dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass
652 Menschen nicht in vollem Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit
653 niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu Beratungsangeboten sorgen wir dafür,

654 dass das Recht wirklich für alle gleich ist! Möglichkeiten kollektiver
655 Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir ausweiten. Das Projekt
656 „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete, werden wir
657 weiterführen.

658 Gefangene werden Nachbar*innen

659 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen
660 umgeht. „Wegsperren!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein.
661 Strafvollzug soll dazu dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder
662 voll in die Gesellschaft eintreten können und nicht rückfällig werden.

663 Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit
664 verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir finanziell besser
665 ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen Vollzug,
666 um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern.

667 Strafgefangene brauchen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere
668 Betreuung vor und nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit
669 einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In den
670 kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist,
671 Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu
672 verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um
673 einen Job zu bewerben. Nur so funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite
674 Chance“ auch eine echte Chance.

675 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der
676 Erziehungsgedanke und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte,
677 Polizei und Jugendgerichtshilfe arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur
678 konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft zu regionalisieren.
679 Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden wir
680 fortsetzen.

681 Strafrecht als „Ultima Ratio“

682 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den
683 vergangenen Jahren Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die
684 Majestätsbeleidigung, das Informieren über Schwangerschaftsabbrüche und das
685 Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den Besitz von Cannabis
686 wollen wir entkriminalisieren. Auch Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich
687 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. All das muss auf Bundesebene geregelt werden
688 – wir bleiben dran.

689 5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz
690 stärken

691 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz
692 besondere Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut
693 und mit ihrem Einstehen für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und
694 West-Teil der Stadt zum Einsturz gebracht und für alle Menschen in der Stadt die
695 Demokratie erkämpft.

696 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer
697 wieder Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit
698 Engagement und Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist –

699 gemeinsam mit unserem Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis
700 unseres demokratischen Zusammenlebens. Wir wollen sie schützen und fördern, denn
701 ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben in Freiheit. Deshalb haben wir
702 in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem wir das
703 Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
704 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr
705 Mitbestimmung für die Berliner*innen möglich.

706 Demokratie heißt Vielfalt

707 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir
708 erleben in einer vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses
709 Prinzip mit Füßen getreten, mit Hassparolen angegriffen und mit
710 Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine Demokratie ist nur so
711 gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten genießen. Wir
712 stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen infrage
713 stellen.

714 Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen

715 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale
716 Voraussetzung für das Vertrauen in demokratische Strukturen und die
717 Landesverwaltungen. Wir wollen das Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz
718 weiterentwickeln und damit die Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das
719 Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese Veröffentlichungspflicht soll sowohl
720 für die Verwaltung als auch für die landeseigenen Betriebe gelten. Die Kontrolle
721 des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz, Transparenz und
722 Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines
723 Lobbyregisters im Land Berlin ein.

724 Bürger*innenräte in Berlin einführen

725 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf
726 Bezirksebene und auch auf Landesebene sowie zu einzelnen thematischen
727 Schwerpunkten Bürger*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten Themen
728 temporär bilden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die
729 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten
730 werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in
731 einem Kiez abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen
732 für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen
733 wir die demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die
734 Akzeptanz politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

735 Stadtvertrag für Beteiligung

736 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
737 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
738 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu
739 beteiligen, sie machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von
740 Parteien möglich, sie binden Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in
741 eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag
742 Beteiligung“ erarbeiten: weitere Stärkung der direkten Demokratie, transparente
743 Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen, Ausbau der Beteiligungsbüros in der
744 ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte, Bürger*innenentscheide

745 auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen, um diese
746 Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

747 Demokratische Initiativen stärken

748 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere
749 Förderung. Wir haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt.
750 Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative
751 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und zahlreichen anderen Programmen
752 schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen eine dauerhafte und
753 verlässliche Förderung solcher Projekte und deshalb wollen wir mit einem
754 Landesdemokratiefördergesetz dauerhafte Strukturen schaffen, um Engagement für
755 Demokratie und Vielfalt, gegen Hass und Rassismus zu stärken. Vor allem wollen
756 wir Präventionsangebote stärken sowie Anlaufstellen und Aussteigerprogramme
757 verstetigen.

758 Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten

759 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der
760 Berliner*innen im Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle
761 Hinweise gegeben, um gezielt Probleme anzugehen. Um das demokratische
762 Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung unerlässlich.
763 Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken und insbesondere
764 für junge Menschen und in Schulen ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für
765 die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus,
766 Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört
767 ebenso dazu wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

768 Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken

769 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft,
770 ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Identität. Die Betroffenen fühlen sich oft
771 isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie
772 vertrauen können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen
773 und stärken. Ebenso werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen
774 regelmäßige Fortbildungen einführen, um Rassismus und Diskriminierung
775 entgegenzuwirken.

776 Hass und politische Gewalt bekämpfen

777 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft
778 geschaffen, um gegen politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und
779 werden sie weiter stärken. Wir wollen damit insbesondere der Bedrohung jüdischen
780 Lebens durch wachsenden Antisemitismus entgegentreten und Hassbotschaften im
781 Internet Einhalt gebieten.

782 5.7 Berlin bleibt Kulturhauptstadt

783 Berlin ist eine Kulturhauptstadt. Kaum eine andere Stadt hat ein so
784 reichhaltiges Angebot an Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so
785 vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und Clubszene, mit der Künstler*innen und
786 Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch diese Kunst- und
787 Kulturmétropole ist unter Druck: Der übergroße Teil der Kulturschaffenden gehört
788 immer noch zu den Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Steigende Mieten
789 und Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust

790 künstlerischer Freiräume mit sich gebracht. Durch den Lockdown in der Corona-
791 Pandemie haben zahllose freischaffende Künstler*innen und private Kulturorte von
792 heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren. Wir stehen für den Erhalt und
793 Ausbau von Berlins einmaliger Kulturlandschaft: Wir haben mit Mindesthonoraren
794 und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung von Künstler*innen gesorgt,
795 durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte Immobilienankäufe
796 neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den Bezirken
797 ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-
798 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik
799 zugunsten von mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die
800 Dekolonisierung Berlins weiter vorantreiben.

801 Kunst und Kultur brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend

802 Berlins Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und
803 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Gleichzeitig waren und sind Kunst und
804 Kultur immer mehr als ein Wirtschaftssektor und deshalb auf öffentliche
805 Förderung und Infrastruktur angewiesen. Daher wollen wir bei der Neubau- und
806 Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner Stadtentwicklungspolitik ganz
807 generell kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund stellen.
808 So, wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem
809 Schwerpunkt Musik gesichert haben, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften
810 als künstlerische Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Wir werden
811 auch weiterhin private Immobilien für diesen Zweck gezielt ankaufen und das
812 sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene und den
813 Spartenverbänden weiterentwickeln. Bei Planung und dem Bau neuer Stadtquartiere
814 müssen künstlerische Zwecke und die Schaffung kultureller Infrastruktur von
815 vornherein mitberücksichtigt werden. Außerdem wollen wir sonstige öffentliche
816 Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer Kulturnutzung öffnen:
817 Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner Verwaltung können
818 außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und Aufführungsorte fungieren
819 – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für
820 die bezirkliche Musikschule oder Jugendkunstschule entstehen. Dabei denken wir
821 Kunst und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich muss seinen Anteil an der
822 Einsparung von CO₂-Emissionen auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt
823 erbringen. Das gilt insbesondere für die Museen und den Gastspiel- und
824 Festivalbetrieb, die zu den größten Treibhausgas-Emittenten gehören. Deshalb
825 unterstützen wir Konzepte für ein „Green Culture Desk“ und die Einrichtung eines
826 entsprechenden Fonds.

827 Förderung der Freien Szene neu justieren

828 Berlins Freie Szene war schon immer eine Art Laboratorium für neue künstlerische
829 Ausdrucks- und Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der
830 internationalen Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies
831 ermöglicht haben, werden den neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite
832 und Ausdifferenzierung von Sparten und Formaten sowie der künstlerischen
833 Qualität und Professionalisierung dieser Szene allerdings schon lange nicht mehr
834 gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen deshalb
835 zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbände und Kulturorte einer
836 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Dabei wollen
837 wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit dem Runden Tisch Tanz und
838 den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der Ausweitung der

839 Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen der
840 Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der freien
841 Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen.

842 Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik

843 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster
844 Migrationsgeschichte. Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt
845 sich in den städtischen Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies
846 ist für uns eine Frage der gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine
847 Chance für künstlerische Entwicklungen, die postmigrantische, transkulturelle
848 Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt muss endlich besser in
849 den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren Leitungspositionen und
850 Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der Kulturförderung als
851 solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds und dem
852 Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben
853 wir einen Anfang gemacht. Nun wollen wir die Förderpolitik nach Vorbild des New
854 Yorker „Culture-Plan“ umbauen.

855 Bei der Besetzung von Intendanten und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich
856 müssen auch endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und
857 Intendant*innen-Kollektive sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern
858 Normalität auch in großen Kulturinstitutionen sein. Wir werden dem sogenannten
859 Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in Regiepositionen
860 entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen realisieren
861 lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote.

862 Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft im Flughafen Tempelhof

863 Wir wollen kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Solo-
864 Selbstständigen und freien Gruppen, fördern. Im Gebäude des Flughafens Tempelhof
865 soll ein Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft entstehen, in dem Ateliers,
866 Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Produktions- und
867 Präsentationsstätten für Design, Mode, Architektur oder Games Platz finden.
868 Alles, was dort produziert wird, soll unter dem Label „made in Berlin“ gezielt
869 vermarktet und präsentiert werden. Dazu wollen wir als digitale Ergänzung eine
870 landeseigene virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen. Auch im ehemaligen Flughafen
871 Tegel wollen wir Raum für die Kreativwirtschaft schaffen.

872 Freiheit der Medien garantieren

873 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige
874 gesellschaftliche Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit
875 großer Sorge verfolgen wir die Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt
876 sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit und werden die Unabhängigkeit von
877 Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk
878 hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und Ort der offenen
879 Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen
880 Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
881 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von
882 unterrepräsentierten Gruppen im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-
883 Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln.

884 „Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen

885 Der Film entwickelt sich zunehmend zu einem Aushängeschild der Berliner
886 Kulturlandschaft. Um hier ausgebildete Filmschaffende an Berlin zu binden,
887 wollen wir ihnen in einem „Berlin-Jahr“ eine Anschlussförderung und in
888 Kooperation mit der Filmwirtschaft Arbeitsangebote bieten. Um Möglichkeiten der
889 Aus-, Weiter- und Fortbildung für Film- und Medienschaffende zu verbessern,
890 wollen wir die Angebote der Medienanstalt Berlin-Brandenburg ausweiten. Dazu
891 soll die Medienanstalt auch mit den Filmhochschulen kooperieren.

892 Clubkultur erhalten

893 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
894 Nutzungskonflikte mit Anrainern zu entschärfen, haben wir 2018 einen
895 „Lärmschutzfonds für Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million
896 Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-
897 Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs bauplanungsrechtlich
898 besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln zu
899 verschaffen, wollen wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkennen.
900 Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der gesellschaftlichen
901 Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu stärken und
902 gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der Clubkommission gegen
903 Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen.

904 Decolonize!

905 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und
906 Erinnerung der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum
907 Vorreiter bei der Dekolonisierung geworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im
908 engen Dialog mit den postmigrantisch-diasporischen Communities und den
909 Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien gelingen kann. Wir wollen die
910 Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und deren Arbeit im
911 Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir die
912 in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit
913 mit Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke
914 und Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen,
915 die noch heute den Kolonialismus und die Kolonialverbrecher ehren, bestmöglich
916 unterstützen, etwa indem wir auf Landesebene Ressourcen für die
917 wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie zur Verfügung stellen. An
918 den Berliner Hochschulen sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten
919 werden, wie es im angelsächsischen Raum längst der Fall ist. Und wir fordern
920 weiterhin die Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund
921 als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus. Als
922 ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort zahlreicher kolonialer
923 Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der Pflicht, deren
924 Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische
925 Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen
926 und Sammlungsbestände ein. Koloniale Raubkunst und menschliche Überreste müssen
927 den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das proaktiv. Wir wollen
928 außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür nutzen, eine
929 Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und
930 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

931 5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick

932 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein
933 sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder
934 der Klimakrise fliehen mussten, und eine gute Heimat all denjenigen bieten, die
935 in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle
936 Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich in unserer
937 Stadt ein Leben aufbauen zu können.

938 Berlin ist sicherer Hafen

939 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie,
940 Menschenrechten und Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen
941 Außengrenzen steht diesen Werten entgegen und ist eine Schande für Europa. Die
942 Unterbringung von Geflüchteten in menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf
943 Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen europäischen Asyl- und
944 Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
945 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden
946 ein faires Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit
947 ist, Solidarität zu zeigen und Menschen aufzunehmen. Bislang sind wir mit
948 unserem Landesaufnahmeprogramm immer wieder am Nein des Bundesinnenministers
949 gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn. Wir werden uns weiterhin für
950 ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen Lagern einsetzen
951 und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das Bundesinnenministerium
952 klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete. Das
953 entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass
954 alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ*
955 und Familien unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen,
956 die sie benötigen.

957 Eine echte Willkommensbehörde für Berlin

958 In Berlin ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft schon lange
959 Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es
960 jetzt schon ist. Nun gilt es, diese Realitäten in Politik und Verwaltung
961 abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und freies Leben
962 für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt
963 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle
964 nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über
965 die Versorgung und Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Die
966 Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung
967 unterstellt werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht
968 länger im Innenressort angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch
969 das Ankommen erleichtert und Teilhabe soll ihnen ermöglicht werden. Die
970 gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.
971 Dazu gehört, dass die, die arbeiten oder sich bilden, auch bleiben können. Ein
972 prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
973 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen
974 Arbeitsvertrages verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen,
975 wenn die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von
976 Ausbildung und Studium, vereinfacht wird. Abschiebungen während
977 Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die Schulzeit oder der
978 Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
979 ausgeschlossen sein. Abschiebungen sollen generell nur in Ausnahmefällen

980 erfolgen. Die Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach
981 Afghanistan, lehnen wir ab.

982 Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

983 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben.
984 Besonders Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen immer
985 wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser Legislatur mehrere
986 Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat
987 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur,
988 Wissenschaft und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in
989 Sicherheit zu leben. Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem
990 gemeinsamen institutionellen Dach, einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt
991 dadurch ein starkes Signal für den Schutz von Menschenrechten weltweit. Darüber
992 hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum“ entsteht,
993 das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie
994 Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

995 Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung

996 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter
997 katastrophalen Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen,
998 Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse werden für
999 Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und Importeure müssen
1000 Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung Berlins
1001 als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren
1002 dafür erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und
1003 schrittweise eine faire und ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung
1004 umsetzen. Von Kaffee über Computer und Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss
1005 fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein
1006 Lieferkettengesetz ein, damit Verbraucher*innen Transparenz erhalten und Umwelt-
1007 und Sozialstandards weltweit eingehalten werden.

1008 Soziales Europa statt Ausbeutung

1009 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der
1010 Tagesordnung – auf Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen
1011 diesen Missbrauch europäischer Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir
1012 unterstützen entsprechende Kontrollen des Zolls, zum Beispiel um die Missachtung
1013 des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und wir stärken
1014 zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
1015 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies
1016 Migrant*innen-Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei
1017 der Vernetzung unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner
1018 Justiz. Häufig entsteht das Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf
1019 Sozialleistungen geltend machen können. Auf Bundesebene arbeiten wir darum
1020 dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft werden. In Berlin wollen wir mit
1021 einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle Möglichkeiten geprüft
1022 werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des Allgemeinen
1023 Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben
1024 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1025 Partnerschaften in der Europäischen Union

1026 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der
1027 jahrzehntelang von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen
1028 Frieden geführt zu haben. Der Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt,
1029 dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen das europäische Projekt
1030 aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen Austausch fördern.
1031 Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem in
1032 Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte
1033 teilen. Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für
1034 Klimaschutz, den humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus einsetzen,
1035 wollen wir weiter ausbauen und stärken. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-
1036 Städteagenda nutzen, um noch stärker den Austausch und die Kooperation,
1037 besonders im Bereich des Klimaschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der
1038 Energiewende, zu suchen.

1039 Europa in die Berliner Landesverfassung

1040 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein
1041 Bekenntnis zur Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung
1042 aufzunehmen, wie es in vielen anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus
1043 sollen die Bezirke über den Rat der Bürgermeister besser in die Programmplanung
1044 des Landes Berlin für den Europäischen Sozialfond (ESF) und den Europäischen
1045 Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden werden. Die Europabeauftragten
1046 auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit
1047 berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen
1048 wir vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung
1049 unterstützt.

1050 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1051 1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen

1052 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen
1053 Gesellschaftsbereichen – nicht erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso
1054 mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien müssen divers und
1055 geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
1056 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter
1057 vorantreiben, indem wir ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung
1058 einsetzen. Und damit Politik für Frauen endlich als Querschnittsthema in allen
1059 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,
1060 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und
1061 umsetzen und eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung
1062 von Frauen sicherstellt.

1063 2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss 1064 zur Terrorserie in Neukölln

1065 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und
1066 den NSU-Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde
1067 in Hessen bekannt, aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt
1068 wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden.
1069 Noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und
1070 auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit
1071 über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und
1072 Staatsanwält*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen

1073 Legislaturperiode einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

1074 Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das braucht unsere Hauptstadt-Polizei.

1075 3. Bürger*innenräte in Berlin einführen

1076 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf

1077 Bezirks- und Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten

1078 Themen temporär bilden und die Institutionen repräsentativer Demokratie

1079 ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip

1080 gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.

1081 Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im Kiez

1082 oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen

1083 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer

1084 Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

1085 4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten

1086 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und

1087 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss

1088 sich besser in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in

1089 der Besetzung von Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit

1090 innovativen Programmen und neuen Kooperationsformen wollen wir mehr

1091 Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang durchs Raster fallen

1092 und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln müssen. Dies

1093 erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und

1094 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen

1095 Entscheidungen.

1096 5. Eine Willkommensbehörde für Berlin

1097 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der

1098 „Ausländerbehörde“ das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der

1099 nächste Schritt. In einer Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine

1100 gelingende Einwanderung gebündelt werden – vom Aufenthaltsrecht über den

1101 Integrationskurs bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im

1102 Kompetenzbereich der für Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch

1103 die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die

1104 Integrationsverwaltung übertragen werden. Gesetzliche Spielräume wollen wir

1105 konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.